



Presseinformation

Nr. 504 / 2012

Kiel, Dienstag, 18. Dezember 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildung / Gemeinschaftsschulen

Anita Klahn: An vorderster Front steht der ideologische Wille

Zur Ankündigung der Genehmigungen für die Errichtung von Oberstufen an neun Gemeinschaftsschulen erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die SPD vergisst, dass noch ihre Bildungsministerin Erdsiek-Rave im März 2007 in einer Handreichung an die Schulträger formulierte, dass die Gemeinschaftsschule eine gymnasiale Oberstufe haben könne, eine Genehmigung aber davon abhängig sei, dass unter Berücksichtigung nahe gelegener vorhandener gymnasialer Oberstufen der Bedarf hierfür erkennbar sein müsse. Das FDP-geführte Bildungsministerium hat das Schulgesetz 2011 dahingehend korrigiert, dass ein öffentliches Bedürfnis bestehen müsse, welches nicht durch Aufnahmekapazitäten an der Oberstufe einer anderen Schule gedeckt werden kann.

Mit dem vorliegenden Entwurf zur zweiten Schulgesetzänderung soll nun das ‚öffentliche Bedürfnis‘ so geändert werden, dass es für die Gemeinschaftsschulen eine günstigere Genehmigungssituation herstellt. Man unterstellt ein positiveres Anmeldeverhalten der Eltern, sobald die Gemeinschaftsschule eine Oberstufe hat. Außer Acht gelassen wird dabei der Schutzaspekt bestehender schulischer Angebote sowie die finanzielle Belastung für die kommunalen Schulträger, die auch teilweise in Konkurrenz zueinander stehen. Dazu muss die Bildungsministerin auch erklären, woher die notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen kommen sollen. Selbst Frau Erdsiek-Rave hatte den Weitblick zu erkennen, dass es nicht vertretbar ist, neue und kostenträchtige Strukturen zu schaffen, wenn es bereits funktionierende gibt.

An vorderster Front steht hier also der ideologische Wille der Regierungsfractionen, die Gemeinschaftsschule mit aller Macht zu etablieren – auf Kosten der Gymnasien. Schade! Die Eltern und andere Akteure im Bildungswesen hatten auf einen sachlichen Dialog gesetzt.“